

gegen Ospel geben»

Die einzelnen Aktionäre könnten sich aber zusammenschliessen und gemeinsam gegen die UBS klagen.

Theoretisch schon. Aber erstens bräuchte es dazu Tausende von Aktionären, und zweitens haben solche Zusammenschlüsse in der Schweiz keine Tradition.

Egal, ob die Aktionäre morgen Decharge erteilen oder nicht, den früheren UBS-Managern passiert nichts. Eigentlich sollte man meinen, dass die Besitzer einer Firma mehr Einflussmöglichkeiten haben müssten.

Das ist ein Punkt, den ich als Aktienrechtler seit Jahren kritisieren. Heute kann sich kaum ein Aktionär einen Prozess leisten. Diese Klagehindernisse müssen beseitigt werden. Wenn ein einzelner Aktionär ausschliesslich das Geld, welches er selber verloren hat, in einer Schadenersatzklage geltend machen könn-

«Kein Aktionär wird es wagen, gegen die UBS-Spitze vor Gericht zu ziehen. Das Risiko, zu verlieren, ist zu gross.»

te, wäre sein Risiko kleiner und es würde vermutlich mehr Gerichtsverfahren geben.

Könnte hier die Abzocker-Initiative von Thomas Minder Abhilfe schaffen? Sie fordert mehr Mitspracherecht für die Aktionäre. Nein, die Initiative hilft hier nichts, weil die Klageansprüche der Aktionäre nicht thematisiert werden. Vielmehr müsste das Parlament in der laufenden Revision des Aktienrechts nachbessern. Bisher fehlte es jedoch an Enthusiasmus.

Bei der heutigen Rechtslage kommt der morgigen Decharge-

Abstimmung nur eine symbolische Bedeutung zu. Was wären bei einem Nein die Folgen für die UBS?

Es hätte in erster Linie negative Schlagzeilen in aller Welt zur Folge. Der heutige Verwaltungsrat müsste in diesem Fall aber auch noch einmal auf seinen Entscheid vom letzten Dezember zurückkommen, die frühere Bankspitze nicht belangen zu wollen. Dass er ein zweites Mal zum selben Schluss käme, ist durchaus möglich, aber prüfen müsste er den Beschluss auf jeden Fall.

Was denken Sie, wird der früheren UBS-Führung Decharge erteilt?

Anfangs war ich überzeugt, dass die Entlastung gewährt wird. Mittlerweile hat der Wind etwas gedreht. Es wird knapp werden, aber tendenziell gehe ich immer noch von einem Ja aus.

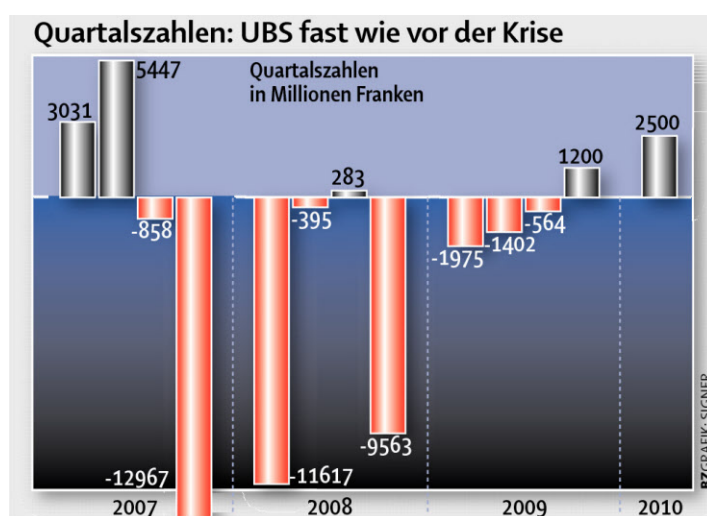
Die UBS scheint nichts dem Zufall überlassen zu wollen. Dass sie bereits gestern das positive Ergebnis für das erste Quartal bekannt gab, soll die kritischen Aktionäre vermutlich dazu bringen, doch noch für die Decharge zu stimmen.

Das sehe ich genau so. Das hat die UBS extrem gut orchestriert. Sie will mit der Präsentation des guten Ergebnisses die Aktionäre dazu bringen, nach vorne und nicht mehr nach hinten zu schauen. Dieses Vorgehen ist aber durchaus legitim.

Am Mittwoch steht auch Oswald Grübels Vorschlag für ein neues Vergütungssystem, das quasi unbegrenzt hohe Boni ermöglichen würde, zur Diskussion. Glauben Sie, dass er bei einem allfälligen Nein als UBS-CEO abtreten wird?

Nein, das ist für mich ein unrealistisches Szenario. Oswald Grübels muss über solchen Dingen stehen. Würde er wegen eines verletzten Egos abtreten, wäre das sehr enttäuschend.

INTERVIEW: PHILIPPE MÜLLER



UBS mit 2,5 Milliarden Franken Gewinn

Die UBS legt für das erste Quartal 2010 erfreuliche Zahlen vor: Sie verdoppelt ihren Gewinn seit dem letzten Quartal.

Zwei Tage vor der spannungsgeladenen Generalversammlung stellte die UBS gestern für das erste Quartal 2010 einen Vorsteuergewinn von mindestens 2,5 Milliarden Franken in Aussicht. Während die Decharge für das UBS-Management in der Luft hängt, will Konzernchef Oswald Grübels mit starken Gewinnzahlen offenbar die Aktionäre besänftigen.

Dass die UBS die Talsohle langsam, aber sicher hinter sich lässt, zeigte schon das Schlussquartal des letzten Jahres: Die grösste Schweizer Bank erreichte in den letzten drei Monaten 2009 einen Gewinn von 1,2 Milliarden Franken.

Investmentbank auf Kurs

Die UBS verdankt ihre Erfolge nicht zuletzt der generellen Erholung der Finanzmärkte. Dadurch konnte auch die viel gescholtene Investmentbank, wel-

che den grössten Teil der UBS-Verluste angehäuft hatte, wieder Boden gutmachen.

Weniger Abflüsse

Nachdem die UBS die Finanzkrise nur mit Staatshilfe überlebt hat, kommt nun offenbar das Vertrauen der Kunden zurück: Die Geldabflüsse hätten zwischen Anfang Januar und Ende März noch 18 Milliarden Franken betragen, teilte die UBS mit, was einem «erheblichen» Rückgang in allen Bereichen entspreche.

Analysten hatten höhere Abflüsse vorausgesagt. Im Zug der UBS-Krise waren die wegfließenden Kundengelder zur Dauerbelastung geworden. Im vierten Quartal 2009 hatten Kunden noch 56,2 Milliarden weggetragen, im gesamten Jahr 2009 waren der Bank 147 Milliarden Franken verlustig gegangen.

Bank-Experten lobten die jüngsten UBS-Zahlen. Ganz ohne Kritik ging es aber nicht: So ist für die Bank Wegelin noch nicht eindeutig auszumachen, ob das Glas halb voll oder halb leer sei, sprich: ob die Gewinnentwicklung der UBS wirklich nachhaltig sei.

Merz will keine Boni-Steuer

Nun will auch Bundesrat Hans-Rudolf Merz die Banken härter anpacken. Eine Boni-Steuer lehnt er aber nach wie vor ab.

Die Idee stammt von der Basler SP-Ständerin Anita Fetz. Sie hatte per Motion verlangt, dass Gehälter über 1,5 Millionen Franken nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein sollen. Im Februar noch hatte der Bundesrat den Vorstoss mit Verweis auf «durch die Steuersystematik bedingte Umstände» abgelehnt.

Jetzt scheint es so, dass das Finanzdepartement (EFD) von Bundesrat Merz einen Sinneswandel vollzieht. Das EFD prüft derzeit den Vorschlag, dass sehr hohe Löhne nicht mehr als geschäftsmässiger Aufwand gelten sollen. Dadurch würden hohe Boni für Unternehmen steuerlich unattraktiv, weil sie diese nicht mehr vom Unternehmensgewinn abziehen könnten. EFD-Sprecher Roland Meier bestätigte am Montag entsprechende Medienberichte.

Druck von links

Ob Merz damit dem Druck der SP nachgibt, konnte Meier nicht sagen. Erst letzte Woche hatte SP-Präsident Christian Levrat erneut klargemacht, dass seine

Partei dem UBS-Steuerabkommen mit den USA nur zustimmen werde, wenn gleichzeitig eine Sondersteuer auf hohen Boni eingeführt wird.

Ob er sich auch mit der milderen Variante seiner Fraktionskollegin Fetz zufriedengibt, ist ungewiss. Levrat war für eine Stellungnahme vorerst nicht zu erreichen. Fetz selber mochte sich auf Anfrage in dem Punkt nicht festlegen.

UBS soll zahlen

Auch Finanzminister Merz weiss offenbar, dass sich die politischen Gegner allein mit einem Entgegenkommen in Sachen Boni nicht zufriedengeben werden: Seine Beamten arbeiten derzeit an einer gesetzlichen Grundlage, damit die Kosten für die Amtshilfe an die USA von 40 Millionen Franken der UBS doch noch in Rechnung gestellt werden können, wie EFD-Sprecher Meier gestern ebenfalls bestätigte.

Entsprechende Vorschläge des Bundesrats seien in nächster Zeit zu erwarten, sagte er. Damit würde der Bundesrat eine Forderung der Finanzdelegation erfüllen. Seine Ankündigung, von der UBS nur einen Bruchteil der Kosten zu verlangen, war in der Öffentlichkeit auf grosses Unverständnis gestossen. SDA



Ist plötzlich gesprächsbereit: FDP-Finanzminister Hans-Rudolf Merz.

MUSLIME IN DER SCHWEIZ

Islamischer Rat sorgt für Unruhe

Interviews und Auftritte von Exponenten des Islamischen Zentralrates in Bern werfen derzeit hohe Wellen. Andere islamische Organisationen und der Bund üben harsche Kritik – zum Ärger der Angegriffenen.

In der Schweiz leben aktuell rund 350 000 Musliminnen und Muslime. Sie haben sich in zahlreichen Vereinen sowie in mehreren islamischen Organisationen zusammengeschlossen. Ein vergleichsweise kleiner Verein sorgt momentan besonders für Gesprächsstoff: der im letzten Oktober in Bern gegründete und mittlerweile rund 1000 Mitglieder zählende Islamische Zentralrat Schweiz.

«Dynamik einer Sekte»

So löste gestern die Publikation eines Interviews mit Zentral-

ratspräsident Nicolas Blanco auf dem Internetportal der «Berne Zeitung» Dutzende von hitzigen Kommentaren aus. Sie reichen von Verständnis für die Haltung Blancos bis zu deutlicher Kritik an diesem und dem Zentralrat.

Ebenfalls sehr kritisch gegenüber dem Rat und seinen Exponenten zeigte sich gestern auf Anfrage Saïda Keller-Messahli, Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam. «Diese Organisation ist gefährlich», sagte sie. «Sie verbreitet eine totalitäre Ideologie, wie sie in Saudiarabien und bei den Taliban umgesetzt wird. In ihr ist kein Platz für Freiheit, Selbstbestimmung und andere Menschenrechte vorgesehen.» Keller-Messahli will beim Islamischen Zentralrat gar «die Dynamik einer Sekte» erkannt haben.

Das Wochenmagazin «Die Weltwoche» bezeichnete den Bieler Nicolas Blanco in einem Artikel jüngst gar als «den ge-

fährlichsten Islamisten der Schweiz».

Saïda Keller-Messahli glaubt, der Zentralrat und seine Mitglieder seien wahnhaft davon überzeugt, dass sie den «richtigen Weg» gefunden haben und dass alle anderen, die nicht so tickten wie sie, «irregeleitet» seien. Auffällig sei zudem, dass primär vom Christentum zum Islam konvertierte junge Männer an die mediale Front geschickt würden. Andere Mitglieder blieben so verdeckt. Im Internet seien indes schon auch andere Mitspieler und ihre Botschaften zu sehen und zu hören. Und deren Botschaften seien zum Teil «beunruhigend».

Alard du Bois-Reymond, Direktor des Bundesamtes für Migration, äusserte sich in einem Interview mit der «NZZ» am Sonntag am letzten Wochenende kritisch zu den Islam-Konvertiten: Einzelne von ihnen wollten eine radikal andere Gesellschaft, «vergleichbar mit den

früheren RAF-Terroristen» in Deutschland. Sie stellten ein Sicherheitsrisiko für die Schweiz dar, stellte er fest.

«Hetzkampagne»

Über so viel Kritik kann Patric Jerome Illi oder Abdel Azziz Qaasim Illi, Kommunikationsverantwortlicher des Islamischen Zentralrates, im Telefongespräch mit dieser Zeitung nur stauen. «Wir werden gegenwärtig regelrecht durch den Dreck gezogen. Da läuft eine Hetzkampagne gegen uns», glaubt er. Die Anschuldigungen seien allesamt unhaltbar. «So haben wir nie gesagt, dass wir für die Schaffung einer Parallelgesellschaft sind. Auch lehnen wir jede Form von Terrorismus kategorisch ab», sagt Illi.

Im Interview mit dieser Zeitung distanzierte sich auch Blanco von Gewalt, sprach aber von einem Leben in «Parallelgemeinschaften». Auch die Juden in Zürich hätten ihr eigenes

Strässchen, ihre Organisationen und ihre Lobby, erklärte er.

Dementsprechend, sagt Illi, sei ihr Ziel der Aufbau einer Basisorganisation, welche die Interessen der Muslime in der Schweiz vertrete. Man lehne die vollständige Anpassung der Muslime ab, stehe aber für eine Integration der Menschen in ein vorhandenes Wertesystem ein.

Unter Beobachtung

Der Zentralrat und seine Exponenten dürften jedoch nicht zuletzt aufgrund ihrer Medienauftritte in den letzten Wochen unter verschärfter Beobachtung der Nachrichtendienste stehen. Felix Endrich, Kommunikationschef des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP), konnte gestern über konkrete Operationen nichts sagen. Für Illi ist es «logisch, dass wir unter Beobachtung stehen». Der Zentralrat werde aber weiterhin mit Engagement für die Interessen seiner Mitglieder eintreten. MIC

GHADHAFI-AFFÄRE

Gericht rüffelt Genfer Zeitung

Hannibal al-Ghadhafi hat recht bekommen: Die Zeitung «Tribune de Genève» hätte die Polizeifotos nicht publizieren dürfen.

Laut dem erstinstanzlichen Urteil sei die Persönlichkeit von Hannibal al-Ghadhafi durch die Publikation der Polizeifotos durch die «Tribune de Genève» verletzt worden, sagt Marc Hassberger, Anwalt der Zeitung. Der Anwalt hat das Urteil gestern erhalten. Laut Hassberger sei der Richter zum Schluss gekommen, die Zeitung habe mit der Publikation die verschiedenen Interessen falsch gewichtet. Der Richter verurteilte die Zeitung dazu, das Urteil zu publizieren. Während der Kanton Genf seine Mitverantwortung an der Affäre immer anerkannt hatte, sah die Genfer Zeitung die Publikation der Fotos als gerechtfertigt an. SDA